Delos Cloud

Klar auf Kurs

[18.05.2026] Die Debatte um Cloud und digitale Souveränität hat deutlich an Fahrt aufgenommen. Nikolaus Hagl von Delos Cloud spricht im Interview über geopolitische Risiken, technologische Abhängigkeiten und den Bedarf an souveränen Plattformen.

Herr Hagl, warum ist das Thema digitale Souveränität gerade jetzt so dringlich?

Wenn man sich die Nachrichtenlage und das Weltgeschehen insgesamt anschaut, dann sieht man, wie stark sich geopolitische Krisen und Unsicherheiten inzwischen überlagern. In so einer Situation stellt sich zwangsläufig die Frage, wie Europa in diesem Gefüge eigentlich aufgestellt ist – wirtschaftlich, technologisch und politisch. Gerade im Bereich der Digitalisierung ist das aus meiner Sicht eine Schlüsselfrage. Wie gelingt es Staaten, die Hoheit über ihre eigenen Daten sowie die Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sichern? Genau daraus ergibt sich der hohe Druck beim Thema digitale Souveränität. Der Bedarf ist ohne Zweifel da. Spannend wird sein, wie konsequent er sich in den kommenden Jahren tatsächlich in konkrete Strukturen, Angebote und Entscheidungen übersetzt.

Die Bundesländer und auch europäische Nachbarstaaten verfolgen sehr unterschiedliche Strategien. Was sagt das über den Umgang mit technologischer Unabhängigkeit in Europa aus?

Ich glaube, beim Ziel herrscht inzwischen durchaus Einigkeit: Europa braucht eigene Regelungen, eigene Standards und eigene Lösungen. Die eigentliche Herausforderung liegt nun beim Weg dorthin. Auch innerhalb Deutschlands sehe ich Fortschritte. Mein Eindruck ist, dass sich auch das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen verbessert. Gerade im Digitalbereich wird inzwischen stärker ganzheitlich gedacht. Das ist wichtig, weil Digitalisierung nur dann wirklich wirksam wird, wenn Standards, Schnittstellen und Verfahren über föderale Ebenen hinweg zusammenpassen. Wir sind zwar noch lange nicht da, wo wir hinmüssen – aber ich habe das Gefühl, dass wir inzwischen zumindest die richtigen Wege einschlagen.

Nun ist es illusorisch, dass sich Europa oder Deutschland komplett abschotten könnte. Wie viel Abhängigkeit können wir uns leisten?

Ich finde es sehr gut, dass Sie das so formulieren. Denn für mich hat digitale Souveränität nichts mit Abschottung zu tun. Es geht nicht darum, sich von Technologien aus anderen Teilen der Welt vollständig zu isolieren. Vielmehr geht es darum, vorhandene Technologien so nutzbar zu machen, dass europäische und staatliche Anforderungen erfüllt werden. Die zentrale Frage lautet also: Wie kann ich Technologie souverän nutzen?

Was heißt das konkret?

Digitale Souveränität hat für mich mehrere Dimensionen. Erstens die Datenhoheit: Wer kontrolliert die Daten? Zweitens die Betriebshoheit: Wer betreibt die Systeme tatsächlich? Drittens die Wahlfreiheit: Kann ich zwischen verschiedenen Lösungen wählen? Und viertens die Frage nach der Unabhängigkeit von Lieferengpässen oder einseitigen Abhängigkeiten. Wichtig ist dabei auch, nicht nur auf einer Ebene zu denken. Man muss den gesamten Stack betrachten – also Infrastruktur, Plattform und Software. Nur wenn

wir auf allen Ebenen in Souveränitätskategorien denken, kommen wir zu tragfähigen Lösungen.

Sie sagen: Ohne eigene Plattformen ist digitale Souveränität nicht denkbar. Welche Plattformen braucht Europa?

Wichtig ist, dass wir skalierbare Plattformen aufbauen, die interoperabel sind und auf gemeinsamen Standards beruhen. Es ist wünschenswert, dass es mehrere Plattformen gibt – entscheidend ist dann, dass sie miteinander funktionieren. Wenn es in Deutschland 17 Plattformen gäbe, müssten diese so aufgestellt sein, dass Daten, Anwendungen und Prozesse interoperabel laufen können. Das Gleiche gilt erst recht für das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen. Deshalb halte ich die Debatte um Standards für so zentral. Der Deutschland-Stack ist aus meiner Sicht ein guter Ansatz, weil dort festgelegt wird, welche technischen und organisatorischen Voraussetzungen Plattformkomponenten erfüllen müssen, um kompatibel zu sein. Das ist übrigens nicht nur für klassische Verwaltungsdigitalisierung relevant, sondern auch für den KI-Bereich. Ohne saubere Grundlagenarbeit – also Standards, interoperable Datenstrukturen und skalierbare Plattformen – wird man das Potenzial von KI gar nicht heben können. Insofern sind souveräne Plattformen auch die Voraussetzung für den nächsten Innovationsschub.

Kommen wir zu Delos Cloud. Was unterscheidet Ihr Angebot von anderen Anbietern?

Das sind mehrere Komponenten, die man zusammen betrachten muss. Der erste wichtige Punkt ist die rechtliche Konstruktion. Die technologische Basis stammt von Microsoft, aber Delos Cloud erwirbt die entsprechenden Rechte für den souveränen Stack. Microsoft ist also Technologielieferant, während Delos Cloud Rechteinhaber und Betreiber dieses souveränen Stacks ist. Delos betreibt den kompletten Stack und verantwortet auch die Datenhaltung hierzulande. Delos Cloud ist eine eigenständige deutsche GmbH. Gerade deshalb greifen aus unserer Sicht bestimmte extraterritoriale Regelungen wie etwa der US Cloud Act auf Delos Cloud nicht in der Form, wie das oft diskutiert wird. Diese rechtliche Bewertung haben wir durch externe Kanzleien prüfen lassen. Der zweite Punkt ist die betriebliche Souveränität. Infrastruktur, Plattform und Software werden von sicherheitsüberprüftem deutschem Personal betrieben. Der dritte Punkt ist die Datenlokation. Die Daten verbleiben in Rechenzentren in Deutschland; die Verarbeitung findet hier statt. Und der vierte Punkt betrifft die technologische Resilienz. Wir haben mit Microsoft langfristige vertragliche Regelungen, die es uns ermöglichen, die Software über viele Jahre hinweg zu beziehen und zu betreiben. Selbst wenn es aus irgendeinem Grund zu Störungen in der Belieferung käme, könnten wir den bestehenden Stand weiter betreiben. Für unsere Kunden ist das ein wichtiger Aspekt, weil damit das Risiko sinkt. Dazu kommt: Wir bieten nicht nur eine souveräne Infrastruktur, sondern den gesamten Stack – also Infrastruktur, Plattform und Software. Viele Angebote im Markt konzentrieren sich vor allem auf die Infrastruktur. Unser Ansatz geht weiter. Außerdem soll die Plattform offen sein: Partner und Start-ups können darauf eigene Lösungen entwickeln und den Kunden bereitstellen. Gerade für die öffentliche Verwaltung und kritische Infrastrukturen kann daraus ein Ökosystem entstehen, das Wahlfreiheit schafft und Innovation fördert.

> **„Nur wenn wir auf allen Ebenen in Souveränitätskategorien denken, kommen wir zu tragfähigen Lösungen."**

Wer sich für Delos Cloud entscheidet, tut das nicht nur aus Souveränitätsgründen. Gibt es auch betriebswirtschaftliche Argumente?

Grundsätzlich ja. Ich kann und darf natürlich nichts zu den konkreten wirtschaftlichen Konditionen anderer Anbieter sagen. Aber ganz allgemein gilt: Der Wechsel von On-Premises-Strukturen in eine Cloud-

Umgebung hat fast immer auch eine betriebswirtschaftliche Dimension. Wer eigene Rechenzentren betreibt, muss Hardware beschaffen, warten, absichern und kontinuierlich modernisieren. In einer Cloud-Struktur werden viele dieser Leistungen gebündelt. Dadurch entstehen in der Regel Skaleneffekte und Effizienzgewinne. Meine Erfahrung der vergangenen Jahre ist: Wenn man die Gesamtkosten sauber betrachtet – also wirklich eine ganzheitliche TCO-Betrachtung macht –, dann ist der Schritt von On-Premises in die Cloud in vielen Fällen auch wirtschaftlich attraktiv.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) prüft, ob sie mit Delos Cloud ihre IT-Landschaft modernisieren kann. Wie ist der Stand?

Die Bundesagentur für Arbeit ist Teil unseres Pilotkundenprojekts. In diesen Pilotprojekten geht es darum, gemeinsam mit Kunden zu prüfen, ob bestehende Microsoft-Landschaften – etwa im Office-Umfeld – später produktiv in der Delos Cloud genutzt werden können und ob die versprochene Funktionsparität tatsächlich gegeben ist. Die BA ist dabei für uns ein sehr spannender Partner. Sie ist im öffentlichen Bereich aus meiner Sicht eine der digital stärksten Organisationen und geht viele Themen sehr strategisch an. Das macht die Zusammenarbeit sehr wertvoll. Gleichzeitig ist die Bundesagentur ja nicht der einzige Pilotkunde. Wir arbeiten auch mit weiteren Interessenten, die derzeit noch nicht öffentlich benannt werden. Insgesamt sind wir in diesem Bereich gut unterwegs.

Es gibt Stimmen, die sagen: Europa sollte konsequent auf rein europäische Technologien setzen. Ist das realistisch?

Es ist auf jeden Fall ein legitimes Ziel, dass Europa wieder stärker eigene technologische Wertschöpfung aufbaut. Aber man muss eben auch ehrlich sagen: In vielen Bereichen gibt es Stand heute schlicht noch keine vollständig europäischen Alternativen auf vergleichbarem Niveau. Das beginnt nicht erst bei Cloud-Software, sondern schon viel früher – etwa bei Chips, Hardware oder bestimmten Hyperscaler-Technologien. Deshalb halte ich es für wichtig, diese Debatte realistisch zu führen. Für mich ist entscheidend, dass wir uns fragen: Wo können wir in Europa gezielt eigene Stärken aufbauen? Wo können wir Lücken schließen? Und wo müssen wir bestehende internationale Technologien so einsetzen, dass wir trotzdem Sicherheit, Kontrolle und Handlungsfähigkeit gewinnen? Das Ziel sollte sein, dass in Europa wieder mehr Unternehmen entstehen, die in diesen technologischen Schichten wettbewerbsfähig sind. Mehr Skalierung, mehr Unicorns, mehr industrielle Substanz. Ob wir jemals in jeder einzelnen Komponente bei 100 Prozent europäischer Technologie landen, weiß ich nicht. Aber darum geht es aus meiner Sicht auch nicht ausschließlich. Entscheidend ist, dass wir unsere strategische Abhängigkeit reduzieren und echte Handlungsoptionen aufbauen.

Warum sind Partnerschaften zwischen Staat und Technologieunternehmen dabei so wichtig?

Weil der Staat in einer doppelten Rolle auftritt: Einerseits ist er Regulator, andererseits ist er ein enorm wichtiger Kunde. Als Kunde kann der Staat ein echter Innovationstreiber sein. Wenn öffentliche Nachfrage in ausreichender Größe vorhanden ist, dann schafft das für Unternehmen Anreize, in Europa zu investieren, hier zu entwickeln und hier zu skalieren. Der Staat allein kann Innovation natürlich nicht erzeugen. Aber er kann Rahmenbedingungen schaffen, unter denen Innovation wahrscheinlicher wird. Das gilt auch für Start-ups. Wenn der öffentliche Sektor als Ankerkunde auftritt und klare Perspektiven schafft, dann steigen die Chancen, dass junge Unternehmen in Europa bleiben und hier wachsen, statt sehr früh in andere Märkte – vor allem in die USA – abzuwandern.

Sie fordern eine Regulierung mit Augenmaß. Wo muss der Staat lockerer werden, wo eher strenger?

Ein Bereich ist für mich sehr klar: Vergabeverfahren. Dort müssen wir moderner, schneller und zugänglicher werden. Gerade für Start-ups oder kleinere innovative Unternehmen sind viele Anforderungen heute kaum erfüllbar – allein schon wegen des Aufwands für Compliance, juristische Begleitung oder umfangreiche Referenznachweise. Wenn wir wollen, dass Innovation in die Verwaltung kommt, dann müssen Vergaben so gestaltet sein, dass auch neue Anbieter überhaupt eine faire Chance haben. Auf der anderen Seite braucht es durchaus klare Vorgaben – etwa bei Souveränitätsanforderungen, Interoperabilität und Standards. Dort sollte Regulierung nicht schwächer, sondern präziser werden. Denn ohne klare Leitplanken entsteht wieder Insellogik. Mit anderen Worten: Weniger Hürden dort, wo Innovation und Beschaffung unnötig ausgebremst werden – und zugleich mehr Verbindlichkeit dort, wo gemeinsame regulatorische Grundlagen geschaffen werden müssen.

Welche politischen Weichenstellungen sind dafür nötig? Und welche Rolle spielt dabei das neue Digitalministerium?

Ich finde, dass das neue Digitalministerium in erstaunlich kurzer Zeit einiges angestoßen hat. Man merkt, dass mehr Transparenz, mehr Dialog und mehr Koordination entstanden sind. Ich nehme wahr, dass Politik, Wissenschaft und Wirtschaft stärker in einen kontinuierlichen Austausch gebracht werden. Wichtig finde ich auch, dass dort nicht nur allgemein über Ziele gesprochen wird, sondern sehr konkret über Prioritäten, Zeitachsen und Umsetzung. Zudem werden unterschiedliche Akteure – etwa Länder oder andere Ebenen – stärker eingebunden, was für die spätere Umsetzung entscheidend ist. Vor allem aber stärkt ein solches Ministerium den Gedanken des ganzheitlichen Denkens. Digitalisierung lässt sich eben nicht sinnvoll in Einzelsilos organisieren. Deshalb ist es wichtig, dass es einen Ort gibt, an dem Themen gebündelt, koordiniert und priorisiert werden. Natürlich kann ein solches Ressort nicht innerhalb weniger Monate alles verändern. Aber mein Eindruck ist, dass dadurch mehr Dynamik in die Debatte gekommen ist.

Wie sieht Ihre Zeitplanung bei Delos Cloud aus? Wann endet die Pilotphase, wann geht es in den Regelbetrieb?

Wir arbeiten derzeit an mehreren wichtigen Meilensteinen. Im Sommer wollen wir die operative Übernahme des Betriebs der Rechenzentren voranbringen. Bislang spielt Microsoft dabei noch eine zentrale Rolle, künftig wird unser Team diese Aufgaben allein übernehmen. Das ist ein wichtiger Schritt, weil darauf die weiteren Zertifizierungen aufsetzen – etwa entlang relevanter Sicherheits- und Compliance-Anforderungen. Unser Ziel ist, diese Prozesse bis zum Jahresende so weit vorangebracht zu haben, dass wir Anfang des kommenden Jahres die produktive Nutzung für Länder und Kommunen ermöglichen können. Auf ein exaktes Datum würde ich mich ungern festnageln lassen. Aber das ist die Richtung, in der wir arbeiten – und aus heutiger Sicht sind wir damit klar auf Kurs.

()

Dieses Interview ist in der Ausgabe Mai 2026 von Kommune21 im Schwerpunkt Cloud Computing erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Digitale Souveränität, Delos Cloud, Cloud Computing, Nikolaus Hagl